

© Luxemburger Wort

Libyen gibt es nicht

Plädoyer für den internationalen Schutz der libyschen Küste

VON FRANK ENGEL *

Der Sommer 2017 könnte eine Neuauflage des politischen Kontrollverlustes über das Migrationsphänomen bringen, wie ihn unser Kontinent bereits einmal vor zwei Jahren erlebt hat. Mit einem wesentlichen Unterschied: Im Sommer 2017 wird sich innerhalb der Europäischen Union kein Regierungschef mehr finden lassen, der mit gutem Gewissen sagt : Wir schaffen das.

Daraus ergibt sich ein erhebliches Problem. Zwei Jahre nach dem massiven Zustrom von 2015 will nämlich kaum noch jemand dafür zuständig sein, Migranten aufzunehmen. Die einen, weil sie dies schon in erheblichem Masse getan haben und an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit gelangt sind, die anderen, weil sie sowieso niemanden bei sich haben wollen, der nicht in ihr jeweiliges Nations- und Gesellschaftskonzept passt – die Verweigerungshaltung der östlichen Hälfte der EU in der Debatte über eine solidarische Aufteilung der Migranten ist bekannt und seit Jahren konstant.

In Italien wird die Lage unhaltbar, Gemeinden und Provinzen schlagen ob des nicht abbreißenden Zustroms afrikanischer Migranten Alarm. Sollte sich Italien dazu genötigt sehen, wie bereits angedeutet, den Migranten zeitlich befristete Schengen-Visa zu geben und sie ziehen zu lassen, wird Österreich wohl seine Drohung wahr machen und den Brenner schließen. Weitere Grenzsicherungen werden die Folge sein, und die Logik des Schengen-Raumes wird immer mehr infrage gestellt.

Ob es irgendwann doch gelingen wird, wie europäisch beschlossen, zumindest 160 000 Menschen zwischen den Mitgliedsstaaten der Union aufzuteilen, ist nach wie vor

ungewiss. Diese Frage erscheint auch mittlerweile nachrangig: Die große Herausforderung in diesem Moment ist für Europa, mit einem neuen Ansturm von Einwanderungswilligen zurechtzukommen, die keine syrischen und irakischen Kriegsflüchtlinge mehr sind, sondern Afrikaner. Während Menschen aus Eritrea und Somalia durchaus glaubhaft um Asyl ansuchen können und werden, ist dies für die Zehntausenden aus Guinea, Gambia, Nigeria und anderen vornehmlich westafrikanischen Staaten kaum der Fall.

Die Unfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, legale Einwanderungswege zu schaffen und Migranten bereits vor dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, aufzufangen und sie aus den Klauen ihrer Schlepper zu befreien, führt zu einem völligen Verschwinden der Unterschiede. Ein asylberechtigter Eritreer, dessen Leben in seinem Land bedroht ist, und ein junger Guineer, der nach Europa will, um dort Geld zu verdienen und seine in der Heimat verbliebene Familie zu ernähren, sitzen tatsächlich in demselben seeuntüchtigen Boot, das von Libyen ablegt.

Die Realität im Mittelmeer sieht folgendermaßen aus. Der libysche Staat existiert seit 2011 nicht mehr. Eine Fläche von 1,7 Millionen Quadratkilometern wird nicht mehr regiert, eine Küste von fast 2 000 Kilometern Länge weder kontrolliert noch patrouilliert. Eine libysche Wirtschaft existiert nicht mehr, es gibt noch zwei Einnahmequellen für jene, die Parzellen des libyschen Territoriums beherrschen : Öl und Menschen auf der Flucht. Kaum eine internationale Organisation, sei sie zwischenstaatlich oder regierungsunabhängig, traut sich noch nach Libyen. Die Flüchtlingslager unterstehen diversen Milizen, die den letzten Dollar aus den Menschen herausquetschen, bevor sie sie auf ein armseliges Floss setzen, das in Richtung Europa fahren soll. Die betroffenen Menschen zahlen auf ihrer Reise ständig. Vom ersten Zwischenmann zu Hause oder nicht weit entfernt, der sie in Richtung Libyen orientiert, bis zu jenem Zuschläger, der sie irgendwann, vielleicht, in Libyen mitten in der Nacht aus ihrem Lager holt und sie aufs Meer schickt – Migranten berichten von

dramatischen Erlebnissen auf ihrer Reise, wo sie immer wieder zum Zahlen genötigt und auch immer wieder misshandelt werden. Von allen möglichen Formen der Zwangsarbeit bis zur konsequenten und brutalen sexuellen Ausbeutung findet alles statt. Unkontrolliert, ungeahndet, vor allem auf dem Gebiet eines Staates, den es nicht gibt.

Tatsächlich ist kaum noch ein verfügbares Boot an der libyschen Küste seetüchtig, das muss es aber auch nicht sein. Es reicht, dass die Boote im Normalfall internationale Gewässer 12 Seemeilen (rund 22 Kilometer) vor der Küste erreichen, wo die Menschen „aus Seenot gerettet“ und mit europäischen Such- und Rettungsschiffen nach Italien weitergebracht werden. Dort kommen sie mittlerweile zu Zehntausenden an – wie viele noch in Libyen auf die Überfahrt warten, weiß niemand.

Im heutigen Libyen existieren zwei so genannte Regierungen, ein so genanntes Parlament, noch eine Art Parlament und alle möglichen Milizen und Armeen, die mit dem Migrantengeschäft Geld verdienen. Sie haben ein signifikantes Interesse daran, dass dieses Geschäft weiter floriert, denn einerseits füllen sie so ihre Taschen und Kriegskassen, andererseits sichern sie sich eine völlig überhöhte internationale Aufmerksamkeit in Europa und anderswo, die mit durchaus ansehnlichen Zuwendungen verbunden ist – wiederum auch, und oft, in Form von Geld. Diese „Institutionen“ und bewaffnete Gruppen sind natürlich bereit, über alles zu verhandeln – etwas gegen den in Libyen florierenden Menschenhandel unternehmen werden sie jedoch ganz sicher nicht. Auch nicht, nachdem sie Präsident Macron für nächsten Frühling Wahlen versprochen haben.

Wir können nicht dauerhaft Hunderttausende von Menschen im Mittelmeer retten und sie nach Europa bringen. Nur die libysche Küstenwache dürfte, weil sie nicht an europäische Menschenrechtsnormen gebunden ist, Migranten vom Wasser zurück zur libyschen Küste bringen, wird das allerdings ganz sicher nicht tun. So lange also Hunderte von Kleinbooten von der libyschen Küste aufbrechen, müssen die europäischen Akteure vor Ort den Menschen in Seenot helfen – in die sie in voller

Absicht von ihren Schleppern gebracht werden, die wiederum von den libyschen Autoritäten gedeckt sind. Die Rückgewinnung der Kontrolle über Migrationsströme, das Zerschlagen des Schleppergeschäftes und somit die Verhinderung weiterer unzähliger Toter im Mittelmeer werden nur gelingen, wenn Europa die libysche Küste kontrolliert. Im besten Fall würde es nicht nur die Küste patrouillieren, sondern Schritt für Schritt auch die libyschen Landgrenzen, damit die Migrantebewegungen nicht mehr unkontrolliert auf libysches Territorium führen.

Es hat bereits Vorstöße in Richtung europäischer Küstenpatrouillen in libyschen Gewässern gegeben, doch wurden diese von Libyen klar abgelehnt. Völlig logisch und verständlich, da solche Patrouillen das Geschäft mit den Menschen und deren Leid zum Erliegen brächten, woran keine faktische libysche Autorität auch nur das geringste Interesse hat. Theoretisch kann im Fall der Weigerung eines Staates, militärische und polizeiliche Aktivitäten in dessen Hoheitsgewässern zuzulassen, nur ein UNO-Mandat diese Aktivitäten dennoch gestatten – doch würden sich Russland in China wohl querlegen. In diesem Fall bleibt nur eine realistische Option : handeln, weil menschliche Schicksale das Handeln gebieten. Dies ist im Rahmen der mittlerweile völkerrechtlich durchaus theorisierten „Verantwortung, zu schützen“ (auf englisch „responsibility to protect“) möglich. Die Europäische Union kann und darf gegebenenfalls alleine dafür sorgen, dass Menschen in Libyen nicht mehr zu Hunderttausenden von den dortigen Scheinautoritäten in Lebensgefahr gebracht werden. Ein klares UNO-Mandat wäre gut, zur Not wird es auch ohne gehen müssen.

Die Verantwortung, zu schützen wurde in den 1990er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu einem völkerrechtlich anerkannten Begriff. Unter dem Eindruck des ruandischen Genozids und des Massakers von Srebrenica ergab sich die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, zur Verhinderung von Massenverbrechen präventiv und auch konfliktentscheidend einzugreifen. Solche Eingriffe fanden dann auch statt. Jener in

Libyen, der zum Sturz von Oberst Gaddhafi und zum Zusammenbruch des libyschen Staatswesens führte, war genau so ein Eingriff. Er war ein Fehler. Ein Fehler jedoch, der nur dann zu korrigieren ist, wenn aufgrund der gleichen Logik jetzt jene Menschen Schutz erfahren, die durch die Abwesenheit formeller Staatlichkeit in Libyen und die Gesetzlosigkeit dieses Territoriums in Lebensgefahr geraten – auch wenn dies formal innerhalb der UNO nicht mehr beschlussfähig sein sollte. Was Schlepper und korrupte Bedienstete der betroffenen Staaten afrikanischen Migranten antun, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit – und solche sind explizit von der „responsibility to protect“ abgedeckt.

Europa muss zurück nach Libyen. Mitgliedsstaaten der Union unter französischer Führung sind verantwortlich für den dortigen Staatszerfall und seine vielseitigen Konsequenzen – von islamistischem Terrorismus in der Sahel-Zone bis zur Gesetzlosigkeit, aufgrund derer die libysche Küste zum Ablegeplatz für Migranten aus ganz Afrika geworden ist. Dieselben Mitgliedsstaaten müssen sich jetzt dazu durchringen, die libysche Küste zu sichern und das Migrantengeschäft zu unterbinden. Ohne ein solches Engagement wird das, was fälschlicherweise noch immer als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, tatsächlich aber eine massive Migrationsbewegung von Afrika nach Europa geworden ist, nicht unter Kontrolle zu bekommen sein. Mit unabsehbaren Folgen für den politischen Diskurs in Europa.

* Der Autor ist Mitglied der CSV und Abgeordneter im Europäischen Parlament

Luxemburger Wort vom Samstag, 29. Juli 2017, Seite 13